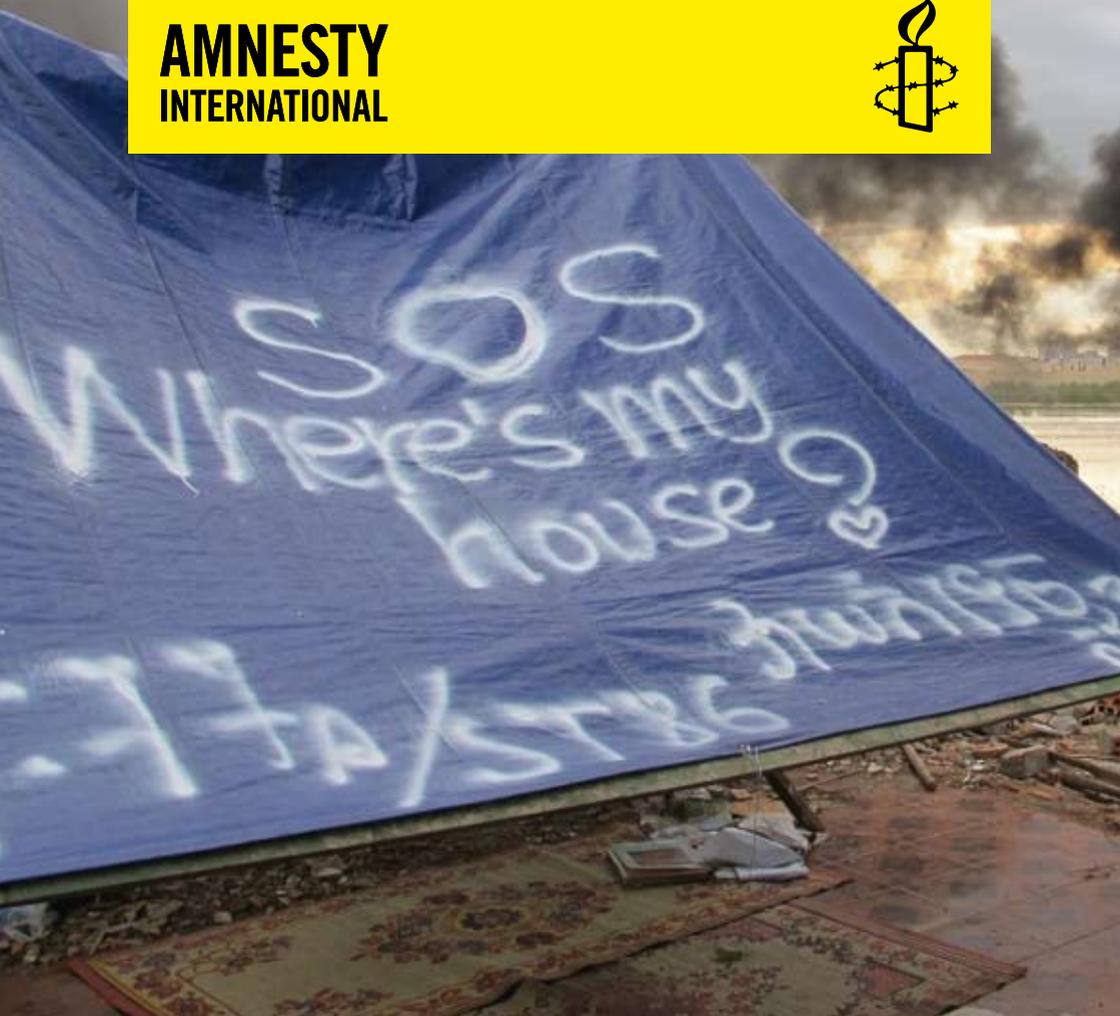


KAMBODSCHA: FRAUEN GEGEN ZWANGSRÄUMUNGEN

ZWEI FRAUEN ERZÄHLEN

AMNESTY
INTERNATIONAL



IM WÜRGEGRIF VON ZWANGSRÄUMUNGEN

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich Kambodscha von bewaffneten Konflikten, wirtschaftlichem Zusammenbruch und Isolation befreit. Frauen haben dadurch mehr Möglichkeiten aber auch größere Herausforderungen zu meistern. Während sie das Rückgrat der Familie sind und sich um den Haushalt kümmern, gehören Frauen gleichzeitig zu den erfolgreichsten UnternehmerInnen, ExpertInnen, PolitikerInnen, AktivistInnen, KünstlerInnen und GemeindevorsteherInnen des Landes.

Doch viele Frauen können von diesen Chancen nicht profitieren. Rechtswidrige Zwangsräumungen hindern sie daran der Armut zu entkommen. Zehntausende sind davon betroffen. Entwicklungsprojekte und Landstreitigkeiten sind oftmals der Auslöser, wobei das Wohlergehen der betroffenen Gemeinden den Forderungen der großen Unternehmen untergeordnet wird.

Viele hart erkämpfte Erfolge bei der Armutsbekämpfung der letzten zwei Jahrzehnte werden dadurch zunichte gemacht.

Rechtswidrige Zwangsräumungen führen häufig zu einem Verlust der Lebensgrundlage der Familie und einem Zusammenbruch des sozialen Netzwerks auf das vor allem Frauen in ihrem Alltag angewiesen sind. Oft müssen die Kinder den Schulbesuch unterbrechen, der Zugang zum Gesundheitssystem wird erschwert und das physische und mentale Wohlbefinden der Familie wird beeinträchtigt. Viele Opfer werden weit entfernt von den urbanen Zentren angesiedelt. Dadurch sind die Männer gezwungen getrennt von ihren Familien zu leben. Die Frauen müssen sich alleine um den Alltag und die Familie kümmern.

Beide Frauen, deren Geschichten hier erzählt werden, sind Opfer von rechtswidrigen Zwangsräumungen.

© Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland, e.V., Februar 2012

Gekürzte Zusammenfassung des Originals „Eviction and Resistance in Cambodia – Five women tell their stories“ AI Index ASA 23/006/2011

Weitere Informationen:
Susanne Franzke,
kambodscha-amnesty@tavari.de,
www.amnesty-seamran.de
Gunda Opfer, V. i. S. d. P.
info@gunda-opfer.de,
www.amnesty-frauen.de

Gestaltung: Isabell Neher, Crailsheim
Druck: www.uhl-media.de
Umweltfreundlicher Offsetdruck
Titelbild:
Eine Zeltplane bedeckt die Überreste eines Hauses, das bei der Zwangsraumung im September 2011 zerstört wurde (Boeung Kak See/Kambodscha), © Nora Lindström

MAI

Im Jahre 2008 vergab das Landwirtschafts-Ministerium drei Konzessionen an private Unternehmen in der Provinz Oddar Meanchey - alle mit dem Zweck, Zuckerplantagen anzulegen und Verarbeitungsfabriken zu bauen. In dieser Provinz liegt auch Bos, das Heimatdorf von Hoy Mai.

Unternehmen wie Behörden versäumten es, die betroffenen Familien ausreichend über diese Pläne oder gar über ihre Rechte an ihrem Wohn- und Ackerland zu informieren. Zwar wurden ihnen andere Grundstücke angeboten, jedoch deutlich kleiner als ihr ursprünglicher Besitz. Trotz Einschüchterungen und Drucks seitens der Behörden lehnten die meisten die Angebote ab.

Mitarbeiter einer Firma begannen wenig später, erste Häuser in Bos zu zerstören, die Reisfelder zu roden und Zuckerrohr darauf zu pflanzen. Proteste der AnwohnerInnen ignorierten sie. Viele der Familien gerieten dadurch in schlimme Notlagen, einige wurden obdachlos. Mai und ihrer Dorfgemeinschaft fehlten Nahrungsmittelvorräte für das folgende Jahr.

Am 9. Oktober 2009 wurden die Reste von Mais Dorf Bos durch Angehörige der Polizei, der Forstverwaltung und andere niedergebrannt. Mai dazu: „Mein Haus, mein Besitz, Ausweise, Kleider, Fotos – Alles ging in Flammen auf. Nichts blieb übrig“. Die Polizei richtete ihre Waffen auf alle, die es wagten, ihren Besitz zu verteidigen.

Mai machte sich zusammen mit einigen Männern auf die beschwerliche Reise zu Fuß, mehr als 250 km zur Hauptstadt Kambodschas Phnom Penh, um Premierminister Hun Sen um Hilfe zu ersuchen. Sie wurden jedoch festgenommen und beschuldigt, das Forstrecht verletzt zu haben und ins Gefängnis geworfen.

Mai war damals im fünften Monat schwanger. Trotz katastrophaler Bedingungen im Gefängnis und Mais angeschlagener Gesundheit entwickelte sich die Schwangerschaft bis zum Ende. „Es war sehr schwierig“, sagt Mai, „Ich war krank und blutete und ich hatte so viel Schmerzen. Niemand kümmerte



Mai und ihr Sohn Ann Samnang im Dorf Taman, Odday Meanchey, Kambodscha
© Amnesty International



Zerstörung des Dorfes Bos (Mais Heimatdorf). Kambodscha, Oktober 2009
© Community Peacebuilding Network (CPN)

„Wir liefen durch den Wald und schwammen durch Wasser, um uns bei Samdech [Premierminister Hun Sen] in Phnom Penh zu beklagen,“ schildert Mai ihre Reise

sich um mich.“ Mai berichtet, ihr Zustand während der Wehen sei dann so schlecht gewesen, dass sie in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Wenige Stunden nach der Geburt ihres Jungen brachte man Mai zurück ins Gefängnis.

Erst acht Monate nach ihrer Verhaftung wurde Mai einem Richter vorgeführt. Anstatt sie illegaler Abholzung anzuklagen – dem „Grund“ für ihre Verhaftung – sagte das Gericht, sie werde freikommen bei Unterzeichnung einer Vereinbarung, in der sie auf alle Ansprüche im Dorf Bos verzichten und anderes Land als Ersatz akzeptieren würde. Mai unterschrieb und reiste zurück. Das versprochene Grundstück erhielt sie nie. Sie musste im Haus ihrer ältesten Tochter mit unterkommen. Sie versucht, für ihre Familie täglich zwei kleine Mahlzeiten zu bereiten – aus Reis, gespendet von einer NGO, und aus dem, was sie sonst von Tag zu Tag finden kann.

Mai, jetzt 48, hat acht Kinder im Alter von 28 bis knapp über ein Jahr. Sie erklärt, nie so viele Kinder gewollt, aber auch nie etwas über Geburtenkontrolle gelernt zu haben. Jedoch gab es vor der Räumung „immer genug zu essen, auch für die große Familie... es gab keinen Hunger“, sagt sie. „Wir konnten Fisch und Fleisch finden, sowie Pilze sammeln und sie verkaufen oder essen“.

Heute ist von Mais Dorf nichts mehr zu sehen. Bewaffnete Arbeiter bewachen eine Zuckerrohrplantage, die von leeren Feldern umgeben ist. Die einst üppigen Wälder der Region wurden im letzten Jahrzehnt stark abgeholzt, trotz eines seit 2002 geltenden landesweiten Verbotes.

Mai ist mittellos, sie fühlt sich völlig im Stich gelassen und macht die lokalen Behörden für ihre Situation verantwortlich. „Warum lassen diejenigen, die sich täglich um die Menschen kümmern sollten, zu, dass sie [die Unternehmen] den Menschen das Land wegnehmen?“ „Ich weiß nicht, welche Hoffnung mir noch bleibt“, sagt sie. „Es ist alles weg.“

Hoy Mai sprach mit Amnesty International am 17. März 2011.



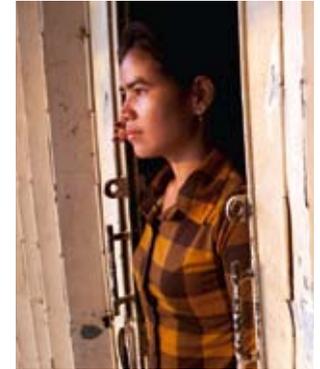
Mai mit ihren Kindern und Enkelkind,
Dorf Taman, Odday Meanchey,
Kambodscha, 16. März 2011
© Amnesty International

VANNY

2007 wurde der Firma Shukaku Inc. ein Pachtvertrag von 99 Jahren über das Gebiet am Boeung Kak See in Phnom Penh bewilligt, um dort zu bauen. Den dort lebenden mittelständischen und armen Familien wurde mit Zwangs-räumung gedroht. Viele von ihnen haben nach kambod-schanischem Gesetz Anspruch auf formellen urkundlichen Landbesitz. Als Entschädigung hatten sie 8500 US\$ oder eine Wohnung 20 km entfernt zur Auswahl, beides inakzeptable Angebote. Vielen Familien, die sich für das Geld entschieden haben, ging dieses aus, noch ehe sie eine andere Wohnung gefunden hatten oder sie fanden nur eine in einem Gebiet, das ebenfalls von Zwangs-räumung bedroht ist. Eine Wohnung außerhalb der Stadt macht es den Menschen fast unmöglich, zu ihrer Arbeit im Zentrum zu gelangen oder eine angemessene Anbindung an Krankenhäuser, Schulen und Strom- und Wasserversorgung zu bekommen.

Das Haus von Vannys Familie befindet sich in diesem von rechtswidriger Zwangs-räumung bedrohten Gebiet. Vanny und ihr Mann wohnen dort mit ihren beiden Kindern. Diese mussten sie zu den Großeltern geben, als die permanente Be-drohung ihr Leben immer mehr destabilisierte. Früher betrieb Vanny ein kleines Geschäft zum Verkauf von Haushaltswaren und Kosmetik, um den geringen Lohn ihres Mannes aufzu-bessern. Das musste sie aufgeben, als immer mehr Bewohne-rInnen wegzogen. Seit 2007 ist das Leben für Vanny und die BewohnerInnen erheblich schwieriger geworden.

Organisierter Widerstand gegen die Zwangs-räumung begann im September 2008. Vertreter der BewohnerInnen von Boeung Kak, unterstützt von NGOs und einem kambodschanischen Anwalt, reichten beim Stadtgericht Phnom Penh einen Antrag auf einstweilige Verfügung ein, um die Befüllung des Sees mit Sand zu stoppen, bis die Rechtmäßigkeit des Pachtvertrages geprüft ist. Der Boeung Kak See war ein wichtiges Wasser-auffangbecken für die Stadt, und die Umwandlung in festen Boden hat in diesem Gebiet Überschwemmungen während der Monsunzeit, verbunden mit katastrophalen und unhygienischen Lebensbedingungen verursacht. Der Antrag wurde mit der Begründung abgewiesen, das Gericht sei nicht zuständig.



Top Vanny in einem Hauseingang,
Boeung Kak See, Phnom Penh,
Kambodscha, 5. April 2011.
© Amnesty International

„Das Bauvorhaben kam 2008“, sagt Vanny, „Die Regierung (...) erklärte nicht öffentlich, dass sie das Boeung Kak Gebiet Shukaku zur Erschließung gegeben hatte. Wir fanden das heraus, als die Gesellschaft hier ihr Büro errichtet hat.“

Vanny selbst schloss sich 2009 dem Widerstand an und hat die volle Unterstützung ihres Mannes und ihrer Kinder. Heute gehört sie zu den GemeindevertreterInnen, die sich am direktesten äußern. Die Menschen rund um den See verlassen sich auf sie und ihren Beistand und Rat. Sie mobilisiert die verbliebenen BewohnerInnen um den See, sich den Protesten vor dem Rathaus und dem Firmenbüro anzuschließen. Durch die Unterstützung von NGOs habe sie viel über ihre Rechte und das Gesetz gelernt, sagt sie. Das habe sie und die Gemeinde mutiger gemacht.

„Ich mache damit weiter, die Gemeinde zu mobilisieren, um die Einstellung der Menschen zu stärken, sodass die Gemeinde (...) standhaft und unabhängig bleibt und die Regierung davon überzeugen kann, (...) ihre Pflicht zu erfüllen und den unschuldigen Menschen zu dienen, die die wirklichen Opfer sind, so wie die Bewohner am Boeung Kak See.“

Es sind vor allem Frauen wie Vanny, die den Widerstand organisieren, und nicht ihre Männer. Die Frauen versuchen, Gewalt zu vermeiden, so Vanny, jedoch gehen die PolizistInnen trotzdem mit aller Härte gegen ihren friedlichen Protest vor. Zweimal schon wurde Vanny verhaftet und über Nacht festgehalten, mehrere Male schon geschlagen.

Ein erster Erfolg wurde jedoch schon errungen:

Am 11. August 2011 ordnete der Premierminister an, dass 12,44 Hektar des Boeung Kak Gebiets an die verbleibenden 800 Familien gegeben werden sollen. Dieser Plan wird aber nicht allen nützen, da die Details noch ausgearbeitet werden müssen und manche Familien dabei ausgeschlossen wurden. So ist Vanny mit dem Teilerfolg nicht zufrieden: „Ich bin immer noch besorgt darüber, wie das Stück Land und unsere Leute beschützt werden sollen, damit sichergestellt wird, dass alle, die zusammen gekämpft haben, Nutzen von den 12,44 Hektar haben.“

Und Vanny wird nicht aufgeben: „Ich werde dafür kämpfen in meinem alten Zuhause zu bleiben, kämpfen bis zur letzten Runde.“

Tep Vanny sprach mit Amnesty International am 16. / 17. Februar und am 6. September 2011.



Tep Vanny spricht mit der Presse während eines Protestes, Phnom Penh, Kambodscha, 21.3.2011
© Amnesty International



Boeung Kak See, Phnom Penh, Kambodscha, Juli 2011
© Amnesty International

WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT



Rechtswidrige Zwangsräumungen verletzen das Recht auf angemessenes Wohnen und sind durch mehrere internationale Menschenrechtsabkommen verboten. Kambodscha hat diese Abkommen unterzeichnet und ist verpflichtet, Wohnrechte zu schützen und zu garantieren. Mehrere Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, haben das systematische Versagen der kambodschanischen Behörden angeprangert, die Bevölkerung vor rechtswidrigen Zwangsräumungen zu schützen. Kambodschanische Eliten und ausländische Investoren versuchen aus dem neuen privatisierten Landsektor Kapital zu schlagen. Die Behörden unterstützen oftmals illegale Zwangsräumungen oder versäumen es zu reagieren, wenn Gesetze gebrochen werden. Die Täter werden nur selten zur Rechenschaft gezogen.

FRAUEN KÄMPFEN UM IHR ZUHAUSE

Frauen kämpfen an vorderster Front im Widerstand gegen die Epidemie von zerstörten Häusern und niedergewalzten Wäldern. Sie trifft es am härtesten, wenn ihre Anstrengungen scheitern. Die Geschichten illustrieren die schwerwiegenden Auswirkungen auf ihre Wohnsituation und die ihrer Familie, auf ihre Lebensgrundlagen und ihre Gesundheit. Sie verdeutlichen auch die riesigen Hürden mit denen Frauen zu kämpfen haben, wenn sie Rechtsverletzungen vor Gericht anprangern. Behörden und Gerichte sollten ihre Rechte schützen, tun dies aber nur selten. Stattdessen werden Gesetze und Gerichte oft dazu missbraucht, diejenigen, die ihre Rechte verteidigen wollen, zum Schweigen zu bringen. Die Schicksale von Mai und Vanny stehen stellvertretend für die Tragödie, die Tausenden in Kambodscha widerfährt.

Transparent zum Tag der Menschenrechte in Phnom Penh, 2009
„Jeder Mensch hat dieselben Rechte auf angemessenes Wohnen“
© Susanne Franzke

WERDEN SIE AKTIV!

Unterstützen Sie Frauen wie Mai und Vanny beim Durchsetzen ihrer Anliegen: Schreiben Sie Briefe an die Verantwortlichen in Kambodscha und fordern Sie diese dazu auf:

1. Die Praxis der rechtswidrigen Zwangsräumungen zu beenden, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zuziehen.
2. Alle massenhaften Räumungen auszusetzen bis ein klares Verbot von rechtswidrigen Zwangsräumungen durch nationales Recht erlassen wurde.
3. Entwicklung von Richtlinien, die es Frauen ermöglichen, gleichberechtigt an den Gesprächen und bei der Entscheidung über Kompensationen, Umsiedlung und/oder andere Formen der Unterstützung teilzuhaben.
4. Während und nach der Umsiedlung müssen die physischen und mentalen gesundheitsbezogenen Bedürfnisse von Frauen besonders beachtet werden. Zugang zu Gesundheitsrichtungen muss gewährleistet sein.
5. Alle Umsiedlungsgebiete müssen die Kriterien für angemessene Unterkünfte nach internationalem Recht erfüllen. Insbesondere muss darauf geachtet werden, dass es geeignete Arbeitsmöglichkeiten für Frauen gibt.

Bitte senden Sie die Appelle an

Ing Kantha Phavi, Minister of Women's Affairs,
Ministry of Women's Affairs, #3 Blvd. Norodom, Khan Daun Penh,
Phnom Penh, Cambodia,
Fax: +855 23 428965 Email: mwva.cabinet@online.com.kh
Anrede: „Excellenz,“ (Titel für MinisterInnen anderer Länder)

ODER senden Sie der Ministerin unsere Aktionspostkarte!

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Postfach 58 01 61 . 10411 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: info@amnesty.de . W: www.amnesty.de
SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

AMNESTY INTERNATIONAL

